

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juli 2024
– Drucksache 17/7131**

Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2023 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 9: Zuwendungen für die Sanierung von Schulen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juli 2024 – Drucksache 17/7131
– Kenntnis zu nehmen.

19.9.2024

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Dr. Albrecht Schütte

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/7131 in seiner 41. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 19. September 2024.

Der Berichterstatter trug vor, die wesentlichen Punkte aus dem zugrunde liegenden Rechnungshofbeitrag aus der Denkschrift 2023 seien aufgenommen worden.

Bei der letztmaligen Beratung des Themas in der Ausschusssitzung am 7. Dezember 2023 sei noch eine Diskussion darüber geführt worden, inwieweit eine Überprüfung der Mittelverwendung durch die Kommunen gemäß den Anforderungen des Haushaltsrechts zu erfolgen habe. Der Rechnungshof habe eine solche Überprüfung angeregt, weil diese Anforderungen teilweise von den Vorgaben des kommunalen Haushaltsrechts abwichen, nach denen die Kommunen Rechenschaft über die Verwendung ihrer eigenen Mittel ablegen müssten. Seitens des Haushaltsgesetzgebers bestehe hier das Anliegen, die Fördertatbestände so zu gestalten, dass die Anforderungen für Zuwendungen des Landes möglichst weitgehend mit den kommunalrechtlichen Vorgaben übereinstimmten. Er wäre dankbar, wenn über alle betroffenen Förderprogramme hinweg an diesem Punkt weitergearbeitet werde.

Ausgegeben: 9.10.2024

1

Erfreulich sei, dass künftig deutlich mehr Landesmittel für den Schulbau bereitgestellt werden sollten.

Er danke dem Rechnungshof für die Anregungen und empfehle, von der vorliegenden Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Ohne Widerspruch verabschiedete der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/7131 Kenntnis zu nehmen.

8.10.2024

Dr. Schütte